

20.09.2006 06:43

Stromkonzerne verlieren Unterstützung in der SPD - FTD
HAMBURG (Dow Jones)--Die deutschen Stromkonzerne geraten im Streit um die steigenden Energiepreise politisch immer stärker unter Druck. Nach entsprechenden Plänen in der Union gibt es jetzt auch in der SPD-Bundestagsfraktion einen Vorstoß, die Preismacht der Konzerne staatlich zu begrenzen. So schlägt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber nach Informationen der "Financial Times Deutschland" (FTD - Dienstausgabe) vor, dass marktbeherrschende Unternehmen künftig keine neuen Kraftwerke mehr bauen dürfen, bis ihr Marktanteil unter 25% gesunken ist. Der Vorschlag soll in den kommenden Tagen in den Fraktionsgremien diskutiert werden.

Die schnell steigenden Preise würden ein "immer größeres soziales und wirtschaftliches Problem für unser Land", warnt Kelber in einem 13-seitigen Maßnahmen-Papier, das der "FTD" nach eigenen Angaben vorliegt. Aufgrund der marktbeherrschenden Stellung und der Kontrolle über die Netze erwirtschaftete etwa die RWE AG mit 80% ihrer Kraftwerke Gewinnmargen von deutlich mehr als 100%.

Der SPD-Energieexperte schlägt unter anderem vor, Stromnetze und Kraftwerke eigentumsrechtlich zu trennen. Kraftwerksbauten müssten durch neue Anbieter erleichtert, Emissions-Zertifikate dürften nicht mehr bevorzugt an marktbeherrschende Unternehmen vergeben werden. Auch müssten Kraftwerksneubauten durch Oligopolisten kartellrechtlich untersagt werden.

DJG/apo

(END) Dow Jones Newswires

September 20, 2006 00:43 ET (04:43 GMT)

Copyright 2006 Dow Jones & Company, Inc.

© F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2006
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net

Quellen: IS.eFinance Solutions using Deutsche Börse AG, Standard&Poor's ComStock Inc. und weitere.
IS.eFinance Solutions implemented and powered by Interactive Data Managed Solutions AG, © 1999 - 2006. Alle Börsendaten werden mit 15 Minuten Verzögerung dargestellt

Artikel-Service **Fenster schließen** **Artikel drucken**